

**FINANZ-CHAOS**

**4,9 Milliarden nicht verbucht**

Finanzchaos und schwere handwerkliche Fehler zeichnen die Politik des SPD/PDS-Senats der letzten zwei Jahre. Sparen für alle? Bei der Regierung selbst Fehlansätze. Beispiele: Der Rechnungshof hat schwerwiegende Mängel festgestellt. Die Haushalts- und Vermögensrechnung für das Jahr 2001 ist unvollständig und falsch. Sarrazins Senatsverwaltung für Finanzen konnte Abweichungen in einer Höhe von insgesamt 2,2 Mrd. Euro nicht erklären. Es herrscht Chaos. Etwa 4,9 Mrd. Euro im Jahr 2002 wurden nicht verbucht. Schlampe! Jeder Geschäftsführer eines Unternehmens längst vor dem Richter. Die Briefftasche der Bürger ist SPD und PDS näher als die eigene Kasse. Auch der vorliegende Haushalt für 2004 und 2005 ist

völlig unseriös. Die Folgen der Tarifvereinbarungen wurden nicht berücksichtigt. Der Stellenpool für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wurde veranschlagt, obwohl das Konzept im Abgeordnetenhaus durchgefallen ist. Das Facility-Management wurde eingerechnet, ohne dass ein Konzept vorliegt. Der Verbleib von allein 60 Mio. Euro hierfür konnte bisher nicht geklärt werden. Und das Opernkonzept ist ebenfalls bis heute nicht ausgegoren. Und, und, und. Wowerit und Sarrazin haben ihre Verwaltung nicht im Griff, sie ist völlig desorganisiert. Dieser Senat betreibt eine Politik der verbrannten Erde. Wowerit & Co. steuern Berlin geradewegs und ganz bewusst auf einen finanzpolitischen Super-GAU. (mw)

**TÖPFER:**

**„Besserer Opferschutz“**

Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Frauen-Union in Berlin, Edeltraut Töpfer, hat den von der CDU/CSU Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Stärkung der Rechte der Opfer im Strafprozess begrüßt. Die Strafprozessordnung solle danach unter anderem gewährleisten, dass weibliche Opfer von Gewaltstraftaten verlangen können, von einer Frau untersucht zu werden. Minderjährige Opfer sollten außer-



halb des Gerichtssaals von dem Vorsitzenden Richter vernommen werden können. Hierdurch soll den Kindern die persönliche Begegnung mit dem Täter erspart bleiben. Die Vernehmung solle in diesen Fällen in den Gerichtssaal übertragen werden. Die Opfer von Straftaten, so Töpfer, sollten außerdem Rechte erhalten, wie sie auch andere Verfahrensbeteiligte haben. Auch die Möglichkeiten einer materiellen Wiedergutmachung müssten verbessert werden.

**IMPRESSUM**

**HERAUSGEBER UND VERLAG**  
 Berliner Presse- und Informationsdienste  
 Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),  
 Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin  
 Telefon: 030/20 64 16 0  
 Telefax: 030/20 64 16 66

**CHEFREDAKTEUR**  
 Matthias Wambach

**REDAKTION**  
 Marco Hardt, Dirk Reitze,

**SATZ & LAYOUT**  
 Ruth Wehnacht

**ANZEIGEN**  
 Alexander Göbel

**BANKVERBINDUNG**  
 Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400 -  
 BLZ 100 700 00

**DRUCK**  
 Union Druckerei Berlin GmbH  
 Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**RUNDSCHAU - RÄTSEL**

Unter allen Einsendern mit dem richtigen Lösungswort verlosen wir:  
**150 persönliche Visitenkarten**  
**RÄTSELGEWINNER JULI/AUGUST 2003**

H. Krüger, Berlin-Wedding  
 Herzlichen Glückwunsch!

Berliner Presse- und Informationsdienste  
 Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),  
 Neue Grünstraße

**Unionhilfswerk-Stiftung ins Leben gerufen**

Auf seiner Sitzung am 14. September 2000 beriet der UHW-Landesvorstand Berlin e.V. über die Gründung einer UHW-Stiftung und gab die Empfehlung, die dafür erforderlichen Modalitäten zu prüfen. Nach entsprechenden Vorarbeiten fassten Landesvorstand und Gesellschafter am 5. März diesen Jahres die notwendigen Beschlüsse über das Stiftungskapital. Nach Eintragung der Satzung mit Datum vom 22. Juli 2003 erfolgte schließlich am 30. Juli 2003 die Anerkennung unter dem Namen „Unionhilfswerk-Stiftung“ durch die Senatsverwaltung für Justiz. Offiziell wird die rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts am 1. Januar 2004 ihre Arbeit aufnehmen. Die Unionhilfswerk-Stiftung wird ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung verfolgen. Der Errichtung der Stiftung lag die Überlegung zugrunde, dass die damit verbundenen Ziele, also ethische Aspekte, ihr ein hohes Ansehen in der Bürgergesellschaft verlei-

hen. Denn Stiftungen sind selbstlos tätig und verfolgen in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. So heißt es in der Satzung der „UHW-Stiftung“, dass es Sinn und Zweck ist, „aus christlicher Verantwortung soziale Hilfen zu leisten durch Förderung der öffentlichen Gesundheitshilfe und -pflege, Jugend- und Familienhilfe und -pflege, Behinderten- und Seniorenhilfe und -pflege sowie die Unterstützung hilfebedürftiger Personen im Sinne von § 53 der Abgabenordnung.“ Dazu gehören „neben der Einzelfallhilfe die Unterstützung von ambulanten und stationären Diensten und Einrichtungen in den genannten Förderbereichen sowie von Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung in beruflicher und gesellschaftlicher bzw. gesellschaftspolitischer Hinsicht.“ Zustiftungen zum Stiftungsvermögen sind jederzeit zulässig

und können vom Zuwendungsgeber einem bestimmten Zweckbereich oder einzelnen Zielen und Aufgaben im Rahmen des Stiftungszweckes zugeordnet werden. Das fördert zugleich die Bindung jener Person an die Stiftung und stärkt ihr stifterisches Engagement. Die Stiftung obliegt dabei der Staatsaufsicht Berlins gemäß den Vorschriften des Berliner Stiftungsgesetzes. Ansprüche aus Zuteilung von Stiftungsmitteln bestehen allerdings nicht. Während der Vorstand für die Geschäftsführung verantwortlich ist und für die Ausführung der Beschlüsse des Stiftungsbeirates sowie für die ordnungsgemäße Verwaltung des Stiftungsvermögens Sorge trägt, wacht der Stiftungsbeirat über die Einhaltung der satzungsgemäßen Zwecke und berät den Vorstand insbesondere bei der Verwendung der Stiftungsmittel.



Wolfgang Gudenschwager

Vorsitz CDU-Berlin	Evangel. CDU-Arbeitskreis	weibl. Vorname	griech. Buchstabe	ital. Tonbezeichnung	gespräch. Polit-Renner (SPD)	Gewichtseinheit	pers. franz. Fürwort	
2				9	Männername	1	4	
Abk. für Auswärtiges Amt			Bd-Würt. CDU Minister-präs.	11				
amerik. Staat				Römisch: 1000	Abk. für amerik. Zustimmung		Abk. für: Tonne	
Instrum. des kommun. Terrors	tropische Nutz-/Kulturpflanze	3	Senioren Union	Zeit-einheit		10		
5				6	Maßeinheit	Ktz.-Kennz. für Darmstadt	Abk. für heilig	pazif. Insel
Abkürzung für Abkürzung		Abk. für Kommandeur		amerik. Bundesstaat				
			Abk. für Volt-ampere	Stadt in Bayern		8		
Abk. für Adverb				Tonbezeichnung	Zeichen für Stickstoff		Abk. für: Autobahn	
Ruhe-störung					franz. Wasser			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----